



**Heinz Paula**

Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 1, JKH 3.650, 11011 Berlin

☎ 030 – 227 77239

📠 030 – 227 76011

✉ heinz.paula@bundestag.de

Wahlkreisbüro, Schaezlerstr. 13, 86150 Augsburg

☎ 0821 – 30 1 27

📠 0821 – 30 1 87

✉ heinz.paula@wk.bundestag.de

# Pressemitteilung

---

## **Gerade das Beispiel Augsburg zeigt: Rettungsschirm für Kommunen dringend erforderlich**

Berlin, 24. März 2010 - Der Augsburger Bundestagsabgeordnete Heinz Paula (SPD) fordert die CSU- und FDP-Bundestagskollegen Dr. Christian Ruck und Miriam Gruß auf, dem Antrag „Rettungsschirm für Kommunen“ der SPD-Bundestagsfraktion morgen zuzustimmen. „Die Lage der Stadt Augsburg ist schon zu Beginn der Wirtschaftskrise angespannt gewesen als Folge der politischen Fehlentscheidungen der Augsburger Stadtregierung, wie beispielsweise Semmeltaste, Schaffung von zusätzlichen Stellen und Prestigeprojekte wie Ku.spo. Durch die anhaltenden Wirtschaftskrise und der ersten Projekte der schwarz-gelben Bundesregierung wird sie nun katastrophal.“

Allein durch die Klientelpolitik des Wachstumsbeschleunigungsgesetzes werden den Kommunen weitere 1,6 Milliarden Euro entzogen. Augsburg ist davon mit jährlich bis zu 5,6 Millionen weniger Einnahmen betroffen, wie Stadtkämmerer Hermann Weber errechnet hat. „Augsburg droht die Verschiebung wichtiger Investitionen sowie Gebührenerhöhungen für die Bevölkerung“, so Paula.

Deswegen müsse rasch umgesteuert werden. Aus diesem Grund hat die SPD einen Maßnahmenkatalog auf den Weg gebracht, der am Donnerstag dieser Woche im Bundestag entschieden wird. Kernstücke sind laut Paula u. a. eine Kompensierung der Steuerausfälle, die für die Kommunen durch das schwarz-gelbe „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ entstehen, eine für zwei Jahre befristete Erhöhung des Bundesanteils für die Kosten der Unterkunft bei Arbeitslosengeld II-Empfängern um 3 Prozentpunkte sowie eine Erhaltung und Stabilisierung der Gewerbesteuer als wichtigste kommunale Einnahmequelle. Diese soll auf der Grundlage des sogenannten Kommunalmodells durch eine Verbreiterung der Bemessungsgrundlage erfolgen. Dazu gehören die Zurücknahme der Kürzungen bei der Hinzurechnung von Mieten, Pachten, Leasing und Factoring sowie die Einbeziehung der Freien Berufe in die Steuerpflicht.

„Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten müssen Städte und Gemeinden investieren können und damit den lokalen Arbeitsmarkt stärken. Diesen Tatsachen dürfen sich Dr. Christian Ruck und Miriam Gruß nicht verschließen“, so der Abgeordnete abschließend.